

Ein Hauch von Demokratie

Studierende in der letzten Diktatur Europas

Nachdem die OSZE¹ den Präsidentschaftswahlkampf in Belarus mit den Worten „Das belorussische Volk hat Besseres verdient. Die couragierten Bemühungen der Oppositionskandidaten, eine echte Alternative für die Präsidentschaftswahl darzustellen, wurden durch die staatlichen Autoritäten behindert“ beschrieben hatte und die Demonstrationen der Opposition mit einem riesigen Polizeiaufkommen niedergeschlagen wurden, war Belarus in aller Munde. Es schien, als habe sich das Land nun auch in der westeuropäischen Öffentlichkeit aus dem „Magma“ der ehemaligen Sowjetgebiete gelöst. Die Bilder auf dem Oktoberplatz in Minsk erinnerten an eine Aufbruchstimmung, wie es sie seit der „oranigen Revolution“ in Kiev nicht mehr gegeben hatte.

Jean-Paul
Müller

Nun wird sich die Situation in Belarus in den nächsten Jahren entgegen den Erwartungen vieler wahrscheinlich nicht ändern. Die westlichen Hoffnungen auf einen „ukrainischen“ Regimewechsel sind verflogen und das Regime Lukaschenko ist zum Tagesgeschäft übergegangen.

5 000 Demonstranten hatten sich nach der Wahl in der Hauptstadt Minsk zusammengefunden, um gegen die Wahl-Manipulation zu demonstrieren. Amtsinhaber Lukaschenko hatte die Protestaktionen verbieten lassen, woraufhin über hundert Oppositionelle festgenommen wurden. Eine große Anzahl dieser Regimegegnern waren StudentInnen, die u. a. wegen „unerlaubtem Agieren“ festgenommen wurden und Gefängnisstrafen von zehn bis fünfzehn Tagen verbüßen mussten. Unter den Inhaftierten befand sich auch Taciana Khoma. Am 21. März wurde sie aufgrund des Artikels 167.1 (Teilnahme an unerlaubter Zusammenkunft) im Eilverfahren zu zehn Tagen Haft verurteilt.

Taciana Khoma ist eine 21-jährige Studentin, die seit Ende 2005 Mitglied des Vorstandes des europäischen Dachverbandes der Studierendenschaften (ESIB) ist. Aufgrund dieser Tätigkeit wurde Taciana im November 2005 von ihrer Universität zwangsexmatrikuliert. Von offizieller Seite wurde

die Exmatrikulation mit „selbstständiger, nicht genehmigter Ausreise während der Studienzeit“ begründet. Dabei bezog man sich auf die Teilnahme Tacianas an einer ESIB-Konferenz in Frankreich, bei der sie in den Vorstand der Organisation gewählt worden war. Laut ihrer Universität hätte Taciana eine Genehmigung der Universitätsleitung und des Bildungsministeriums zur Teilnahme an dieser Konferenz beantragen müssen.

Die Exmatrikulation hatte schwerwiegende Folgen für die Studentin. So wurde ihr etwa das Zimmer im Studentenwohnheim fristlos gekündigt. Zu keiner Zeit hatte sie die Möglichkeit, Stellung zu den Vorwürfen zu nehmen oder gegen die Maßnahme zu klagen. Der für die Exmatrikulation verantwortliche Rektor der Staatlichen Wirtschaftsuniversität Minsk, Vladimir N. Shimov, empfahl ihr, ein Jahr arbeiten zu gehen und dann eine erneute Immatrikulation zu beantragen. Dies sei jedoch mit hohen Studiengebühren verbunden, zu einem Zeitpunkt, wo Taciana mit dem Verlust ihres Studenten-Status bereits um ihre finanzielle Existenz kämpfen musste.

Jean-Paul Müller studiert Komparatistik in Berlin und engagiert sich im fzs (freier Zusammenschuss der StudentInnenschaften-Dachverband der deutschen Asten).

Die Exmatrikulation ist an dieser Universität eine gängige Maßnahme bei politisch aktiven Studierenden. Von ESIB auf Tacianas Exmatrikulation angesprochen, meinte Rektor Shimov, ihr Fall sei nichts Besonderes, seit Beginn des Universitäts-Jahres 2005 wären schon 50 Studierende der Universität verwiesen worden. Im Durchschnitt ergäbe dies eine Exmatrikulation pro Tag. Der *Zubr*²-Aktivist Mikita Sasim ist nur ein weiteres Beispiel. Er wurde von der Universität ausgeschlossen, nachdem er im September 2005 auf einer friedlichen Demonstration festgenommen und anschließend von der Miliz krankenhaushausreif geschlagen wurde.

Fälle wie die von Taciana Khoma haben in jüngster Zeit international Wellen geschlagen, die Repression gegen politisch aktive Studierende in Belarus ist allerdings kein neues Phänomen. So wurde 2001 bereits die Belorussian Students Association (BSA) von offizieller Seite verboten. Diese war 1989 als anti-kommunistische Studentenorganisation gegründet worden und organisierte in den Folgejahren Demokratisierungskampagnen an den Universitäten. Durch kulturelle und politische Projekte versuchte die BSA in den 90er Jahren, gewählte studentische Selbstverwaltungen an den Hochschulen von Belarus durchzusetzen. Trotz ihres Verbots in Jahr 2001 hat die Organisation nicht mit ihrer Arbeit aufgehört. Mit Studentenverbänden aus verschiedenen Ländern setzt sie sich weiterhin für studentische Rechte in Belarus ein.

Das Vorgehen des Lukaschenko-Regimes gegen unbequeme Studierende hat System. Regimetreue StudentInnen werden gerne als Elite des Landes bezeichnet; oppositionelle jedoch ausnahmslos kriminalisiert. Dies ist umso einfacher, weil sich die Staatsführung aktiv in die „staatsbürgerliche Erziehung“ an den Universitäten einmischt. So wird – anders als in den meisten westlichen Ländern – in Belarus an den Hochschulen „politische Bildung“ angeboten. Die zuständige Behörde, das Department für Ideologie, wurde natürlich vom Staat auf Linie gebracht und dient als Transmissionsriemen der staatlichen Propaganda.

In einem Land, dessen Präsident keiner Partei angehört, und der sich selber eher in der Rolle des Landesvaters als des Politikers sieht, ist Selbstbestimmung schlecht gesehen, egal wo sie stattfindet. Jegliche Politisierung der StudentInnen wird deshalb als Bedrohung wahrgenommen und im Keim erstickt. Die Studierendenvertreter sind zumeist keine Studenten, sondern vom Rektor designierte „Organisatoren“, die zuweilen wie Politikkommissare anmuten. Ehrenamtliche Studierende, die in der Selbstverwaltung aktiv mitwirken, haben hingegen wenig zu sagen. Die Studierendenvertretungen haben (anders als z. B. in Deutschland) keinerlei finanzielle Autonomie vom Rektorat und sind dem Staat somit auf Gutdünken ausgeliefert.



Die Studentin Taciana Khoma wurde wegen der Teilnahme an den Demonstrationen nach den Präsidentschaftswahlen zu zehn Tagen Haft verurteilt.

Die Studierenden in Belarus werden von Staatsseite mit einer abstrusen Mischung aus Nationalismus und bürokratischen Hürden konfrontiert. Die eigenmächtige Gründung einer Gewerkschaft, eines Vereins oder einer NGO ist durch die komplizierten Registrierungsgesetze sehr schwer. Eine Organisation, die keine Registrierung erreicht, gilt jedoch als illegal. Eigeninitiativen im sozialen Bereich werden von staatlicher Seite vorweggenommen. Getreu der Maxime: alles was für Studierende relevant ist, existiert bereits. Das Regime richtet Sportfeste, Jubiläen und Partys aus. Eine Überzahl an pompös begangenen nationalen Feiertagen sollen das Zugehörigkeitsgefühl zu einem großen Volk stärken. Auf Plakaten sitzen Studierende mit Veteranen aus dem „großen vaterländischen Krieg“³ zusammen und lauschen mit leuchtenden Augen deren Erlebnissen. Patriotische Schlager preisen die „slawische Natur“ und die Bündnistreue zu Russland. Politische Eigeninitiative der Studierenden fällt dagegen meistens unter den Strafbestand der „Beleidigung des Präsidenten“.

Bei den Parlamentswahlen 2004 wurden die Studierenden von offizieller Seite ermutigt, früh wählen zu gehen. Das Wahlgesetz von Belarus, das noch einige Relikte aus der Sowjetzeit beinhaltet, sieht das sogenannte *early voting* vor. Dies bedeutet, dass jeder Wähler für sich entscheiden kann, ob er am Wahltag oder an mehreren Tagen vor dem offiziellen Wahltermin seine Stimme abgeben will. Die Wahlbüros sind über mehrere Tage am Stück offen. Dies wirkt wie ein großzügiges Angebot an die Wähler. Dahinter verbirgt sich jedoch die Strategie eines autoritären Regimes. Viele der Studierenden machten von diesem *early voting* Gebrauch, um anschließend Ferien zu

Das Vorgehen des Lukaschenko-Regimes gegen unbequeme Studierende hat System. Regimetreue StudentInnen werden gerne als Elite des Landes bezeichnet; oppositionelle jedoch ausnahmslos kriminalisiert.

Es ist nun aber nicht so, dass das Regime den Rückhalt in der Bevölkerung [...] nur aufgrund gefälschter Wahlergebnisse vortäuscht. Tatsächlich ist die Akzeptanz der Regierung sehr groß.

machen. Ein Großteil der strategisch wichtigen Wahlstimmen der Studenten waren somit bereits vor dem eigentlichen Wahltermin und dem Eintreffen der internationalen Wahlbeobachter eingegangen. Dies erleichterte die Manipulationen erheblich.

Es ist nun aber nicht so, dass das Regime den Rückhalt in der Bevölkerung und auch in der Mehrzahl der Studierendenschaft nur aufgrund gefälschter Wahlergebnisse vortäuscht. Tatsächlich ist die Akzeptanz der Regierung sehr groß. Dies hat mehrere Gründe.

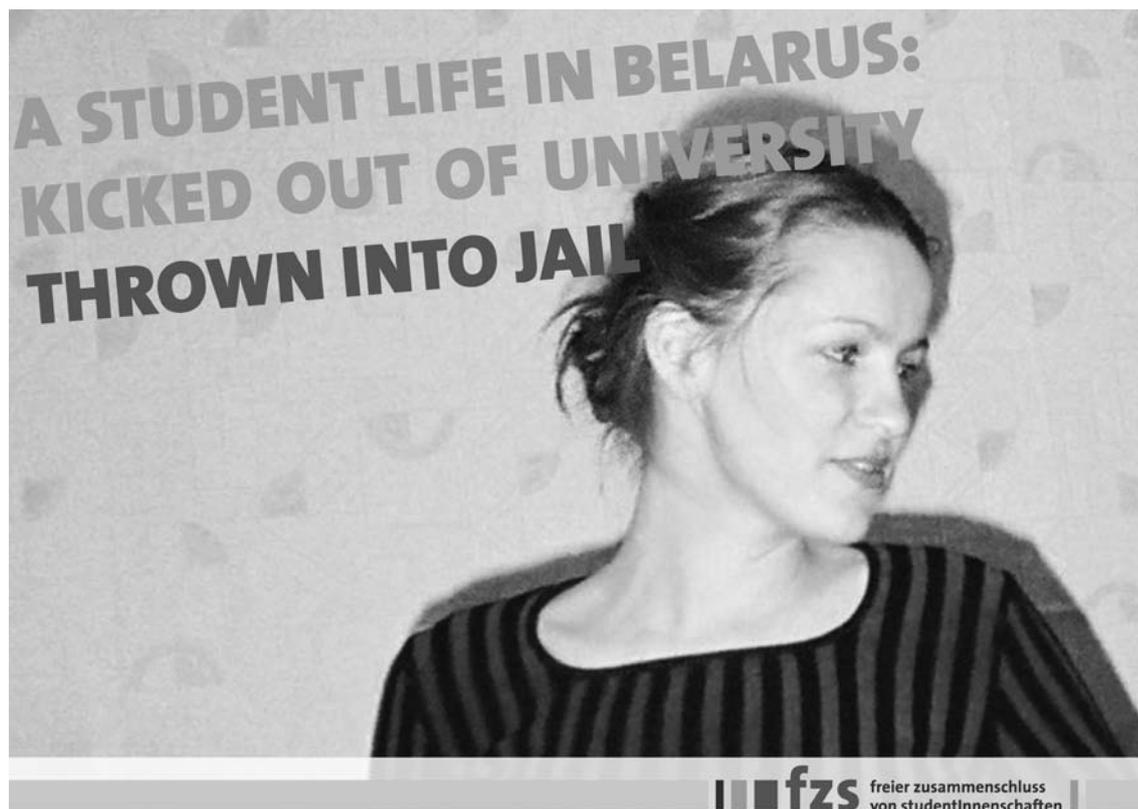
So stützt sich das Regime vor allem auf die positive wirtschaftliche Bilanz des Landes, die es größtenteils den privilegierten russischen Energielieferungen verdankt. Bedingt durch die wirtschaftliche Krise anfang der neunziger Jahre, wird die Rückkehr zur Planwirtschaft von großen Teilen der Bevölkerung als positiv betrachtet. Dazu gesellt sich die Überzeugung, dass „Belarus keine Demokratie braucht“, sondern „einen starken Mann“. Eine Leitfigur, welche die Staatsgeschäfte regelt, und bestehende Strukturen erhält. Dieses anti-demokratische Denken ist noch tief verankert in der Bevölkerung. Durch die Vergabe von offiziellen Aufgaben samt Titel, wird der Einzelne in das System Lukaschenko integriert, sei es nun als „Erster Sprecher des Metallarbeiterkombinats West“ oder als „Dritter Vorsitzender der Han-

delsunion Grodno“. Diese Hierarchie, welche die gesamte Gesellschaft durchzieht, geht einher mit einem System an Privilegien für die verschiedenen Funktionäre.

Favorisiert durch das Fehlen von unabhängiger Berichterstattung, werden die – für West-Europäer teilweise doch sehr bizarr anmutenden – Aktionen und Äußerungen des Lukaschenko-Regimes für die Bevölkerung als „gut und richtig“ hingestellt. Am Vorabend des Wahltags zur Präsidentschaftswahl 2006 glänzten sämtliche „öffentlichen“ Fernsehsender durch eine fehlende Berichterstattung über dieses Ereignis. Statt einer Stimmungsanalyse wurde ein abstruser Bericht über den „größten Lastwagen der Welt“ der Belarus-Traktorwerke gesendet, auf dessen Motorhaube stehend, der weissrussische Präsident Polen und Deutschland vor der Wirtschaftsmacht Belarus warnte. Dieser Beitrag diente genau wie der darauffolgende 90-minütige Bericht über die weissrussische Antarktisexpedition nur zur Beruhigung der Bevölkerung und zur Stärkung des „patriotischen Gefühls“.

Nun hat der Begriff „Patriotismus“ in vielen osteuropäischen Ländern nicht den negativen Beigeschmack wie in diversen EU-Ländern. Patriotismus bedeutet nach weissrussischem Verständnis u. a. auch, keine Häuserwände mit Graffiti zu beschmutzen. In autoritären Regimen wie dem

Postkarte des fzs (freier Zusammenschluss der StudentInnenschaften-Dachverband der deutschen Asten)



von Lukaschenko wird die offen zur Schau getragene „Vaterlandsliebe“ jedoch vorwiegend benutzt, um agitatorische d. h. demokratische Bewegungen zu diskreditieren.

In Belarus geht dieser antidemokratische Nationalismus einher mit einer völligen Glorifizierung der Sowjetunion. Regelmäßig stellt Lukaschenko seinen Bürgern eine „allslawische“ Einheit im Sinne Tjutschews⁴ in Aussicht. Zwar ist die noch unter Jelzin angeregte Russisch-Belarussische Union unter Putin etwas zum Erlahmen gekommen und vom Plan eines gleichberechtigten Staatenbundes ist nicht viel mehr als ein loses Zollabkommen übriggeblieben. Trotzdem: Belarus weiß um seine für Russland strategisch wichtige Lage am Rand der GUS.

Mit der Liebe zur eigenen „Kultur“ geht in Belarus eine Dämonisierung des „Westens“ einher. Vor allem den Jugendlichen und Studierenden wird im Stil der alten DDR-Wochenschauen ein dekadenter anarchischer Westen vermittelt. Es ist wohl kein Zufall, dass vor dem Wahlergebnis im Staatsfernsehen, neben dem weltgrößten Laster und der Südpol-Expedition, die Studentenunruhen in Frankreich dominierten. Aus welchem Grund die französischen Protestaktionen stattfanden wurde wohlweislich verschwiegen; einziger Kommentar: „Studierende randalieren in Frankreich“. Die Message an Anhänger und Verbündete war nichtsdestotrotz unmissverständlich: *Das* wird hier nicht passieren.

Durch diese Maßnahmen offenbarte das Regime jedoch seine Schwäche. Allein das Zugeständnis, dass es „Unzufriedene“ in der bellorussischen Gesellschaft gibt und die öffentliche Stigmatisierung der Opposition als Terroristen und Verräter, ließ Anzeichen von Unsicherheit erkennen. Zwar können weite Teile der Bevölkerung weiterhin mit dem staatlichen Medienmonopol gelenkt werden, aber nicht die einzelnen Menschen in Belarus, die eventuell über Auslandserfahrung und Zugang zu unabhängigen Medien verfügen. Dies sind gegenwärtig fast nur die StudentInnen. Ob Belarus-Nachrichten im Internet oder europäisches Radio in weissrussischer Sprache, Amnesty-Kampagnen oder internationale Projekte, es gibt vielerlei Möglichkeiten sich zu informieren. Und dies trotz repressiver Maßnahmen des Staates. Es gab und gibt immer wieder offizielle internationale Projekte. Aber sobald diese über das Prinzip der „Völkerverständigung“ hinausgehen, werden sie blockiert. Die 1994 gegründete „Europäische Humanistische Universität Minsk“ ist ein gutes Beispiel. Sie sollte belarussischen Studierenden die Möglichkeit einer „europäischen“ Ausbildung geben. Seit 2004 operiert sie aus dem Exil in Vilnius.

Trotzdem erscheint die universitäre Ebene nach wie vor als Bastion des Widerstands im Land.

So kommen beide Oppositionskandidaten aus dem universitären Bereich. Den demokratischen Bestrebungen an den Universitäten stehen in Belarus jedoch staatlich gelenkte Entscheidungsgremien und völlig verfestigte Autoritätsstrukturen entgegen. Wenn die Hochschulen eine größere Autonomie erhielten, wäre dies bereits ein erster Schritt auf dem Weg zur Demokratie. Die europäischen Universitäten haben den Weg vorgezeichnet. Im Jahr 1963 hatte Jürgen Habermas noch für die Universität gefordert: „Sie muss ihre Autonomie erkämpfen und sich als politische handlungsfähige Einheit konstituieren“⁵.

Diese Entwicklung hat gerade erst begonnen. Die Universität steht im Zentrum der Demokratiebewegung in Belarus. Ob der Funken auf den Rest der Bevölkerung überspringt, bleibt abzuwarten. Der Wirkung von internationalen Initiativen muss man leider skeptisch gegenüber stehen. Umfassende Projekte, wie die des German Marshall Fund oder auch EU-Sanktionen gegen Vertreter der Regierung Lukaschenko, können solch einen internen Demokratisierungsprozess im besten Fall unterstützen, aber nicht in Gang bringen. Die internationale Gemeinschaft kann demokratische Prinzipien höchstens durch gezielte Einzelprojekte fördern. Die Hochschulen wären jedenfalls ein Bereich, wo man basisdemokratische Strukturen und Denkweisen unterstützen könnte, und wo eine Möglichkeit bestünde, dass diese anschließend die Gesellschaft nachhaltig verändern.

Für Taciana Khoma und die anderen Studierenden in ihrem Fall werden die nächsten Wochen und Monate entscheidend sein. In einem Land wie Belarus legt man sich nicht ohne Konsequenzen mit den Autoritäten an. Verschiedene Universitäten der Nachbarländer haben eine unkomplizierte Aufnahme exmatrikulierter StudentInnen aus Belarus angeboten. Für viele stellt sich somit die Frage, ob sie ins Ausland gehen oder ihre Sensibilisierungsarbeit im eigenen Land weiterführen sollen. Am zwanzigsten Jahrestag von Tschernobyl hat die Opposition bereits zu neuen Protestaktionen aufgerufen. Belarus wird demnach in den Schlagzeilen bleiben und dies auf absehbare Zeit.

¹ Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

² Zubr ist der weissrussische Begriff für Wisent (Bison); Zubr ist eine verbotene belorussische Bewegung, die sich vor allem für den Erhalt der weißrussischen Kultur und gegen Lukaschenkos Russland-Politik einsetzt.

³ So wird der Zweite Weltkrieg auch heute noch in Belarus bezeichnet.

⁴ Fjodor Iwanowitsch Tjutschew (1803-1873), russischer Dichter, der in seiner Spätphase (u. a. während des Krimkrieges) für einen anti-europäischen Pan-Slawismus eintrat.

⁵ Habermas, Jürgen: Demokratisierung der Hochschule, Politisierung der Wissenschaft, Frankfurt/Main 1963.

Den demokratischen Bestrebungen an den Universitäten stehen in Belarus staatlich gelenkte Entscheidungsgremien und völlig verfestigte Autoritätsstrukturen entgegen.
